

„Katze aus dem Sack“

Bürger gegen Fluglärm sehen sich bestätigt

Die Berichterstattung über den Besuch des Staatssekretärs MdB Hartmut Koschyk (CSU) am Allgäu Airport rief die Bürgerinitiative „Bürger gegen Fluglärm“ e.V. auf den Plan. Es sei schon erstaunlich, so die Vorsitzende Gabriela Schimmer-Göresz, wie hier versucht werde, auf ein laufendes Planfeststellungsverfahren Einfluss zu nehmen. Die Worte des Staatssekretärs, wonach Bund und Land alles tun werden, um dem Allgäu Airport Rückenwind zu verschaffen, ließen den Schluss auf eine vorweggenommene Genehmigung zu. Dies sei in den Augen der Bürgerinitiative eine Ohrfeige für all die Bürgerinnen und Bürger, die auf einen rechtlich einwandfreien Umgang mit ihren schriftlichen Einwendungen und Vorträgen im öffentlichen Anhörungsverfahren hoffen dürfen. Offensichtlich wähten sich die Flughafenbetreiber bereits auf der sicheren Seite. Wie sonst könnte der Kommanditist Pfeifer einräumen, dass die Allgäu Airport GmbH & Co. KG die von ihr beantragten Ausbaumaßnahmen, im wesentlichen die Verbreiterung der Start- und Landesbahn, gar nicht selbst stemmen könne, sondern Unterstützung der öffentlichen Hand, also der Steuerzahler, brauche, so die Vorsitzende. Endlich sei die Katze aus dem Sack und die Bürgerinitiative sehe sich vollumfänglich bestätigt. Hart geht die Vereinsvorsitzende mit den Bundes- und Landespolitikern ins Gericht und bescheinigt eine Art Betriebsblindheit. Ignoriert werde, dass laufend Flüge aufgrund mangelnder Auslastung gestrichen würden, dass die Buslinie ins Allgäu eingestellt werden musste und in dem Tempo, in dem neue Flugziele gefunden, bestehende Ziele wieder aufgegeben werden. Erst kürzlich hätte der Geschäftsführer Schmid gegenüber der Süddeutschen Zeitung öffentlich eingeräumt, dass das Minus für 2011 noch größer ausfallen werde, wie 2010. 2010 hatte der Airport mit 910.000 Passagieren einen Verlust von 610.000 Euro ausgewiesen. Der Vorbild-Airport sei eine Geschichte von schlechten Zahlen und unterbewerteten Grundstücken. Schimmer-Göresz: „Es verwundert doch sehr, dass Politiker aus Bund, Land und Kommune nach wie vor Wahrnehmungsdefizite haben“. Das „Wunschkonzert“ der Flughafenbetreiber komme den Steuerzahler teuer zu stehen. Investitionszuschüsse und Maßnahmen zur Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur bis hin zu einer weiteren Autobahnausfahrt gingen in die Millionen. Die Lasten durch Fluglärm, Emissionen und zunehmendem Straßenverkehr hätten die Menschen in der Region zu tragen, die zudem, sollte sich die Airport Allgäu mit ihrem Antrag auf Ausbau und Ausweitung der Flugzeiten in die Nacht durchsetzen, zusätzlich auch in ihrer Nachtruhe gestört und in ihrem Erholungsbedürfnis eingeschränkt wären. Statt sich maroder Flughäfen anzunehmen, solle sich die Politik lieber um einen glaubwürdigen und wirksamen Schutz des Klimas, um CO₂-Reduzierung und alternative Verkehrskonzepte kümmern. Mit einer (Unter-) Stützung des Allgäu Airports werde genau das Gegenteil befördert, was die Politik unglaublich mache. In diesem Sinn sei auch die Forderung nach dem Abschaffen der Luftverkehrssteuer unverantwortlich. Schimmer-Göresz hält aus Klimaschutz- und Gerechtigkeitsgründen die Besteuerung des Kerosins und die Abschaffung aller Subventionen des Flugverkehrs für längst überfällig.